[s.n.]

Autor(en): **Masaryk**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Freidenker [1927-1952]**

Band (Jahr): **18 (1935)**

Heft 7

PDF erstellt am: **15.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-408569

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

BERN 1. April 1935. Nr. 7 - 18. Jahrgang.

DER
FREIDENKER
ORGAN DER FREIGEISTIGEN VEREINIGUNG DER SCHWEIZ

Erscheint regelmässig am 1. und 15. jeden Monats

Sekretariat der F. V. S.
Bern, Gutenbergstr. 13
Telephonanruf 28.663
Telegrammadresse:
Freidenker Bern

Mein Sozialismus ist einfach Liebe zum Nächsten, Humanität. Masaryk.

Abonnementspreis jährl. Fr. 6.—
(Mitglieder Fr. 5.—)
Sämtliche Mutationen bezügl. des Abonnements, Bestellungen etc. sind zu richten Transitfach 541, Bern

Zwischen gestern u. morgen

Von *R. Staiger*, Bern.

Noch sind keine 2 Jahre verflossen, seit die «Katholische Jungmannschaft» versuchte, eine «Volksinitiative gegen die Gottlosenpropaganda» zu lancieren und Nationalrat Dr. Müller im Parlament seine «Motion gegen die Gottlosenpropaganda» vorbrachte. Bekanntlich wurde aus der mit allen dem politischen Katholizismus zur Verfügung stehenden Propagandamitteln verkündeten Volksinitiative eine Todgeburt, und die Motion Müller, die Bundesrat Häberlin nur als Postulat annahm, hat dank der senkrechten und charaktervollen Stellungnahme des damaligen Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements dasselbe Schicksal erlitten. Auch als die Geschäftsberichts-Prüfungskommission sich mit der Erledigung des Postulats Müller durch den Bundesrat nicht einverstanden erklärte, wurde an dieser Tatsache nichts geändert.

Seit diesem Gestern hat sich die politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage unseres Landes stark geändert. Im politischen Kräfteverhältnis sind Verschiebungen eingetreten, die vor allem als Reaktion auf die im Leerlauf endende rückschrittliche hurrapatriotische Bewegung zu werten sind. Dieser «Viel Lärm um nichts», der von den frontistisch-reaktionären Kreisen aufgeführt wurde, dieser übertriebene Nationalismus, der sein Rezept aus den politischen Küchen von Berlin und Rom bezog, hat ein erfreuliches Aufwachen wahrer Heimat- und Vaterlandsliebe bewirkt, die in jedem Volksgenossen einen Bruder und in jedem Menschen auch ausserhalb der bei uns so nahen Grenzpfähle einen Mitmenschen sieht.

Die Ereignisse in den uns umgebenden Diktaturstaaten haben selbst einen grossen Teil derjenigen, die für unsere Demokratie nichts oder wenig mehr übrig hatten, die Augen weit geöffnet für die immerbleibenden Werte, die die Demokratie der diktatorischen Gewaltregierung voraus hat in einem Staate, wo die Menschen einigermassen reif sind, um durch selbständiges Denken in das Räderwerk einzugreifen, das die Geschicke des Landes ausmacht.

Die Freigeistige Vereinigung hat sich von jeher in ihrer Tätigkeit streng auf den Boden der Demokratie gestellt, sowohl im Innern wie gegen aussen. Wir haben dieser konzessionslosen Stellungnahme grosse Opfer gebracht, um der Reinheit unserer Bewegung willen. Heute dürfen wir mit Genugtuung feststellen, dass diese Opfer von gestern sich gelohnt haben. Nicht dass die Mitgliederzahl unserer Vereinigung sprungartig gewachsen wäre — das ist nicht möglich bei einer Bewegung, die anstelle dogmenhafter Schlagwörter selbständiges Denken verlangt — aber die Richtung, die wir von jeher im öffentlichen Leben einschlugen, ist in vielen Teilen die Richtung Tausender und Abertausender geworden. Wir haben im offenen Kampfe um die Ziele unserer Bewegung, so wie sie in unsern Statuten festgelegt sind, Bundesgenossen erhalten. Grosse, neue Bewegungen sind aufgetaucht, die sich in vielen Fällen unsere Ziele zu den ihren gemacht haben. Die wirtschaftliche Not, die Sorge um ein menschenwürdiges Dasein *aller* Mitmenschen, die Nutzlosigkeit der oft unmenschlichen Gewaltmassnahmen der faschistischen, nationalsozialistischen und klerikalen Regierungen unserer Nachbarstaaten haben mitgeholfen, im Volke jenen Geist neu zu beleben, der das eigentliche Wesen der Demokratie ausmacht. Durch die durchsichtigen Pläne derjenigen, denen unsere Bundesverfassung zu fortschrittlich ist, haben Tausende gelernt, unsere freiheitlichen Rechte neu zu schätzen. Die Gefahr der Verproletarisierung weitester Bevölkerungsschichten, die bisher stolz darauf waren, zum Mittelstand zu gehören, hat wesentlich dazu beigetragen, dass unter der gemeinsamen Fahne der Demokratie sich Menschenmassen zusammenfanden, die sich gestern noch entweder feindlich gegenüberstanden, oder doch gleichgültig nebeneinander herlebten. Der «bürgerlich» Gesinnte, der das Gespenst Not oder Arbeitslosigkeit vor sich auftauchen sah, hat Verständnis bekommen für den Kampf des «proletarischen» Arbeiters um eine wirtschaftliche und damit kulturelle Besserstellung, und der Arbeiter hat beim Angestellten, beim Gewerbler, ja sogar beim mittellosen Akademiker, unerwartet Leidensgenossen gefunden. Diese «verwandten Seelen» haben sich zusammengefunden, um gemeinsam unter der Fahne der Demokratie mit legalen Mitteln soviel als möglich von dem wegzuräumen, was den so viel geschmähten «marxistischen Klassenkampf» ausmachte — die Klassengegensätze. Noch hat die oberste Landesregierung diesen Grundsatz nicht zum eigenen gemacht, aber wenn der Wille, unsere *liberale Demokratie*, die wirtschaftlich und daher auch menschlich und kulturell eine ungerechte Verteilung von Rechten und Pflichten gebracht hat, zur *sozialen Demokratie* umzuformen sich immer deutlicher und dringender zeigt und immer grössere Massen *denkender* Menschen um sich sammelt, dann wird auch die oberste Landesbehörde sich diesem Willen beugen müssen. Wie die ungerechten Klassengegensätze verschwinden sollen, illustriert uns Urs Dietschi (Schweizerische Rundschau, Sonderheft vom 15. Mai 1934):

«Wenn die schweizerische Arbeiterschaft ihre Minderwertigkeitsgefühle verlieren und als gleichberechtigter und gleichbeachteter Stand den übrigen Ständen sich verbünden soll, dann müssen die Richtlinien der Arbeiterbefreiung und des Arbeiterschutzes in der Verfassung auf jeden Fall sichtbaren und verpflichtenden Ausdruck finden: Gerechte Behandlung, grundsätzliches Recht nicht nur auf Arbeit, sondern auch auf **Mitarbeit** am Unternehmen, Anspruch auf nach den gegebenen Umständen angemessenen Lohn.»